die Deputirtenkammer. Es wird sich bald zeigen, wie weit man auf diesem Wege kommt. Die öffentliche Meinung, soweit sie von einer corrumpirten Presse nicht beeinflußt wird, verlangt, daß mit dem berufsmäßigen politischen Streberthum, welches sich an die Sohlen der Republik geheftet hat, gründlich und bis zum letzten Mann aufgeräumt werde. Herr Ribot und die Kammermehrheit vermeiden es, in dieser Hinsicht bindende Verpflichtungen einzugehen; ersterer verlangt, letztere bewilligt ein Vertrauensvotum, auf Grund dessen das Cabinet Ribot den Faden der Action da wieder aufnimmt, wo ihn sein Amtsvorgänger hat fallen gelassen. Inzwischen geht das Ränkespiel zwischen den in der Panama-Affaire concurrirenden Stellen, der richterlichen und der parlamentarischen Autorität, weiter, und man kann beinahe schon die Umrisse des Terrains erkennen, innerhalb dessen die Untersuchung fortgeschleppt werden wird, bis sie im Sande verläuft. Der formale Conflict zwischen der richterlichen und parlamentarischen Befassung mit dem Panamaskandal birgt in seinem Schooße die Keime der schönsten, tendenziös verwerthbarsten Zwischenfälle, die, mit der dramatischen Wucht, auf welche sich die Franzosen so meisterhaft verstehen, in Scene gesetzt, das Augenmerk des raschlebigen und leicht vergessenden Publicums allmälig von dem Kern der Sache ab- und auf Außendinge lenken werden. — Wenn man dem boulangistischen Blatt „La Cocarde" Glauben schenken könnte, so hätte am Donnerstag Ribot den Präsidenten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, Brisson, empfangen, um ihm eine Menge „kleiner Papierchen" zu zeigen, die eine ganze Anzahl seiner (Brisson's) nächsten Freunde in der radicalen Gruppe seiner Partei aufs Schwerste bloßstellen und ihn zu ermahnen, in der Panamasache nicht allzu eifrig vorzugehen, da anderenfalls die Regierung gleichfalls jede Rücksicht aufgeben und die Radicalen aufs Korn nehmen wolle. „La Cocarde" fügt hinzu, Brisson habe nach der Unterredung „ganz zerschmettert" ausgesehen. Fürwahr, es sind nette Zustände, in denen die französische Republik dem neuen Jahr entgegengeht. — Von heute liegt folgendes neueste Telegramm aus Paris vor:

* **Paris**, 10. December. (Telegramm.) Die meisten republikanischen und sämmtliche radicalen Morgenblätter billigen den Entschluß, das gesammte, die Panamaangelegenheit betreffende Actenmaterial der Untersuchungskommission dem „Journal des Débats" und der „Gazette" mitzutheilen. Dem „Figaro" zufolge hätte Bourgeois die Begnadigung des Directors des „Libre Parole", Drumont, veranlaßt, welcher sich im Gefängniß befindet. Drumont werde heute Abend in Freiheit gesetzt werden.

Wenn in Spanien ein Ministerium Canovas fällt, so kommt ein Ministerium Sagasta an die Reihe. Das ist seit Langem die erfahrungsmäßige Aufeinanderfolge. Nachdem das conservative Ministerium Canovas sich nicht länger zu halten vermochte, weil ein Theil seiner eigenen Partei meuterte und, unter Führung Silvela's und Villaverde's, des zurückgetretenen Ministers des Innern, sich der Abstimmung enthielt, als es sich um das Vertrauensvotum handelte, so hat die Königin-Regentin sofort Sagasta berufen und dieser hat mit größter Schnelligkeit das neue Ministerium gebildet und die Kammern aufgelöst, so daß Neuwahlen stattzufinden haben. Das neue Cabinet, welches nach vorliegenden Meldungen in Madrid sympathisch begrüßt worden ist, besteht nächst Sagasta aus Puigcerver, Moret, General Bermudez, Reina von der demokratischen Gruppe, Capdepon und Benancio Gonzales von der liberalen Gruppe, San Maura, Groizard und Admiral Topete von der unionistischen Rechten. Martos übernimmt das Präsidium des Staatsrathes, Lopez Domingues wird Botschafter in Paris. Die Neuwahlen finden Ende Februar oder Anfangs März statt, da die schwebenden Finanzfragen den schnellen Zusammentritt der Cortes erfordern.

Deutsches Reich.

es. **Berlin**, 9. December. Unsere Berechnung über die Verkürzung des „Geschenkes an die Brenner" bedarf einer Ergänzung. Wie wir aus dem Gesetzentwurfe ersehen, soll auch das süddeutsche Contingent herabgesetzt werden und zwar von 3 auf 2⅔ Liter auf den Kopf der Bevölkerung, also das gesammte süddeutsche Contingent von rund 500 000 auf rund 445 000 Hektoliter. Folglich wird den Süddeutschen der Gewinn von 10 Millionen verkürzt, um 55 000 × 20 = 1,1 Million Mark. Für die Production der ehemals nordd eutschen Steuergemeinschaft beträgt die Kürzung, wie wir gestern nachgewiesen, eine Summe von rund 3,33 Millionen Mark. Im Ganzen mindert sich also das sogenannte Vierzig-Millionen-Geschenk um knapp 4½ Millionen. — Die Mehrheit ist die verehrungswürdigste Autorität! Das ist mit wenigen Worten der Inhalt und das Ergebniß der Berathungen, zu denen sich der conservative Parteitag gestern versammelt hat. Die Mehrheit der conservativen Wählerschaft ist, nachdem sie zwölf Jahre durch die Stöcker'sche Schule gegangen, brutal antisemitisch. Der conservative Parteitag hat sich vor ihr in den Staub gelegt. Die Wenigen, denen es würdiger schien, neue Wege der Belehrung und politischen Schulung dieser irregeleiteten Masse zu suchen, sind mit Hohn und Geschrei abgewiesen worden. Diejenige Partei, die das Autoritätsprincip — das heißt: das achtenswerthe Princip der Autorität der „alten Mächte", Königthum, Beamtenthum, Kirche, Heer — im Gegensatz zur liberalen Weltanschauung bisher so bestimmt vertreten hatte, beugt das Haupt; sie „betet an, was sie verfolgte, und verfolgt, was sie angebetet". Und wer diese Verleugnung so weit treibt, daß er selbst einen Ahlwardt dabei mit in Kauf nimmt, findet die lauteste Zustimmung, entfesselt „Stürmischen Beifall". Wir haben nichts hinzuzufügen.

△ **Berlin**, 9. December. Folgende „Culturbilder", welche in den letzten Tagen vor der Stichwahl in Arnswalde in die Erscheinung getreten, sind öffentlichen Blättern zu entnehmen: „Nach der „Driesener Zeitung" hat in Zatten zwischen freisinnigen Agitatoren und Antisemiten eine Schlägerei stattgefunden, wobei ein freisinniger Agitator tödtlich verletzt wurde. Weiterhin berichtet dieselbe Zeitung, daß im Rathskeller in Friedeberg bei Gelegenheit der Stichwahl es zu einem Wortwechsel gekommen ist, der zu Thätlichkeiten ausartete, wobei ein Stellmachermeister den Unterschenkel des einen Beines brach. Der Arbeiter Dalsch, Mitglied des Charlottenburger deutschen freisinnigen Arbeitervereins, welcher vor der Stichwahl in Arnswalde-Friedeberg an der Agitation theilnahm, begab sich nach der „Volksztg." am Sonntag Abend in Begleitung eines Botenmeisters und eines Kutschers von Neuwedel nach Stechsdorf. Als sie sich im Gasthof befanden, wurden sie dort, da einer von ihnen für einen Juden gehalten wurde, gehänselt. Auf Veranlassung eines Gutsangestellten wurden sie später auf dem Wege von einer Rotte mit Zaunlatten überfallen und durchgeprügelt. Dalsch machte in der Nothwehr von seinem Revolver Gebrauch. Er schoß in die Luft, um die Gegner zu erschrecken. Er wurde verhaftet und nach Neuwedel gebracht. — Die Bedeutung des Knüppels und des Revolvers bei der ferneren Entwickelung unserer parlamentarischen Zustände im Reich ist offenbar noch nicht genug gewürdigt.

— Die Kaiserin ist aus Hannover im Neuen Palais wieder eingetroffen.

— Ueber die parlamentarische Soirée beim Grafen Caprivi wird dem „Hamb. Nachr." aus Berlin geschrieben:

„In politischen und publicistischen Kreisen äußert sich heute viel Humor. Nicht als ob die Soirée beim Grafen Caprivi etwa besonders ergötzlich gewesen wäre, im Gegentheil, sie war so, wie diese Gesellschaften immer sind, seit Herr von Caprivi der Hausherr ist. Worüber man sich amüsirt, das ist das große Ereigniß, welches den Gästen selbst zwar nicht zum Bewußtsein gekommen war, aber heute früh vom „Berliner Tageblatt" verkündet wird: Graf Caprivi hat, wie das Blatt versichert, eine neue Aera der Berliner Geselligkeit eröffnet, indem er zu der Soirée eine Anzahl „Vertreter der Presse" einlud. Zwar scheint nach der gelieferten Aufzählung weder die „National-Ztg.", noch die „Kreuzztg.", weder die „freis. Ztg.", noch die „Germania", d. h. keines der politischen Parteiorgane Berlins, vertreten gewesen zu sein; dafür war der Herr Reichskanzler aber in der Lage, sich den Repräsentanten des „Berliner Tageblattes" sogar „direct" vorstellen zu lassen, und die „Frankfurter Ztg." war ebenso vertreten wie die Londoner „Daily News"! Politisch immerhin bemerkenswerth ist das wieder daraus erhellende innige Bemühen des Grafen Caprivi um gute Beziehungen zum Deutsch-Freisinn. Zwar stimmt derselbe im Parlament gegen die Vorlagen der Regierung, und seine Presse agitirt gegen sie; aber wider die Bedenken, welche die nationalgesinnten Kreise des deutschen Volkes gegen die Politik und betreffs der Befähigung des Grafen Caprivi hegen, findet er dort allezeit Vertheidiger; und selbstverständlich auch bereitwilligste Unterstützung gegen die Krink seitens des Fürsten Bismarck. Auf die journalistischen Verbindungen, welche zu diesem Zwecke unterhalten werden, wirft die Liste der gestrigen journalistischen Gäste des Grafen Caprivi ein interessantes Licht. Ob es klug war, dasselbe zu verbreiten, brauchen wir nicht zu untersuchen."

— Das Befinden des Finanzministers Dr. Miquel hat sich soweit gebessert, daß derselbe am nächsten Montag den Verhandlungen der Steuercommission wieder beizuwohnen gedenkt.

— Eine Wiedereinberufung des Abgeordnetenhauses zu Plenarsitzungen vor Neujahr anläßlich des neuerdings eingegangenen Arbeitsstoffes (Volksschulvorlage) ist nicht beabsichtigt.

— Dem „Hamb. Corr." wird als Antwort auf seine, von uns in der Morgenausgabe wiedergegebene Notiz über die Löwe'schen Gewehre aus Berlin berichtet, „daß in dortigen militairischen Kreisen der behauptete Absicht, sämmtliche Löwe'schen Gewehre der Fabrik zurückzugeben, bestimmt widersprochen werde." Dazu schreibt das Hamburger Blatt: „Wir möchten dazu bemerken, daß unser Correspondent nicht behauptet hatte, es bestehe die Absicht, sondern nur mittheilte, es sei die Ansicht über eine solche Maßregel ausgesprochen worden. Wir haben durch Abdruck der betreffenden Mittheilung diese Ansicht keineswegs zu der unserigen gemacht."

— Wie man den „M. N. N." berichtet, wird erwartet, daß Herr v. Helldorf und die 20 anderen conservativen Abgeordneten, die beantragt hatten, dem Programm-Entwurf nur die Bedeutung einer Erklärung zu geben, aus der conservativen Partei austreten. — Neunzehn der einundzwanzig Namen, die unter der Erklärung der Herren von Helldorf und Genossen stehen, sind bereits mitgetheilt; die beiden noch fehlenden sind: Graf von Dönhoff-Friedrichstein und Wichmann.

— Der königlich sächsische Bevollmächtigte zum Bundesrath, Staats- und Kriegsminister Edler von der Planitz, ist hier angekommen.

— In einem Artikel, der auseinandersetzt, daß jede Schadloshaltung der Landwirthe im Branntweinsteuergesetz überflüssig sei, schreibt die „Freis. Ztg.":

„Es ist nun eine ganz übertriebene Behauptung, daß die meisten Güter, welche jetzt noch Brennerei-Betrieb haben, ohne denselben eine so erhebliche Schädigung erfahren, denn die Schlempe ist durch die sogenannte Kartoffeltuppe und durch eine Anzahl zwischen den im Handel jetzt in großen Mengen käuflichen Kraftfutterstoffen wohl zu ersetzen, besonders wenn sie sich wegen einer so sehr niedrigen Bewerthung der Kartoffeln als so theueres Futter erweist. Dann ist doch auch nur nöthig, daß der Bau von Kartoffeln etwas eingeschränkt, und soweit erforderlich, das Minus durch andere Hackfrüchte, als Turnips, Zuckerrüben 2c., ersetzt wird. Kartoffeln werden die Gegenden, welche jetzt noch in größerem Maße Brennereibetrieb haben, schon zur Beschaffung der nöthigen Mengen für die Ernährung des Volkes, doch auch für die Folge in erster Linie bauen müssen, weil die Industriebezirke und die Provinzen mit dem schlechten Kiefernboden ihren Bedarf bei Weitem nicht selbst decken können. Dazu kommt, daß die Landwirthschaft jetzt so weit vorgeschritten ist, daß sie auch den ärmeren Boden so zu cultiviren und zu düngen verweht, daß Zuckerrüben und andere Fruchtarten, welche früherer Ansicht nach nur in schwerem Boden gedeihen konnten, mit gutem Nutzen erzeugt werden."

Wenn der Besitzer von Sandboden, welcher außer Kartoffeln höchstens Kiefern trägt, den guten Rath erhält, Zuckerrüben zu bauen, dann kann er allerdings in eine Stimmung gerathen, aus der manche beklagenswerthe Erscheinung unseres öffentlichen Lebens sich wenigstens theilweise erklären.

— Dem „Hann. Cour." wird aus Berlin gemeldet, daß man in gut unterrichteten Kreisen die Stellung des Polizeipräsidenten von Richthofen infolge des Processes Ahlwardt für erschüttert hält.

— Der Einfluß des am 1. April 1893 in Kraft tretenden Polizeikostengesetzes wird sich zunächst darin äußern, daß im Etat 1893/94 für das Ministerium des Innern größere Summen ins Mittel werden, welche nunmehr die größeren Städte ausgeben. Diese Summen sollen jetzt zur Verstärkung des Gendarmeriecorps verwandt werden.

— Der „Kreuz-Zeitung" zufolge sind die Generalcommissionen angewiesen worden, Berichte für die Ausführung des Gesetzes über das Ansiedelungsrecht zu machen. Wie es heißt, werde eine entsprechende Vorlage nach Weihnachten an den Landtag gelangen.

— Es waren Zweifel darüber entstanden, wie bei Festsetzung der Pensionen von Lehrern an höheren Unterrichtsanstalten das von diesen abgeleistete Probejahr zu berechnen ist, insbesondere, welcher Tag bei den allgemein zur Bezeichnung des Beginns des Probe-Jahres gebrauchlichen Zeitbestimmungen, „Ostern u. s. w.", der Berechnung der pensionsfähigen Dienstzeit zu Grunde zu legen ist. Zur Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens hat deshalb der Cultusminister im Einverständnisse mit dem Finanzminister bestimmt, daß bei Feststellung der pensionsfähigen Dienstzeit der Lehrer an höheren Unterrichtsanstalten das mit einem Schuljahr zusammenfallende Probejahr unabhängig von seiner thatsächlichen Dauer als volles Dienstjahr anzurechnen ist, gleichviel ob dasselbe je nach der Lage zweier auf einander folgenden Osterfeste einige Tage mehr oder weniger als den Zeitraum eines Kalenderjahres umfaßt hat.

* **Lübeck**, 9. December. Das Budget des lübeckischen Freistaates für 1893 stellt sich in der Einnahme auf 3 492 610 ℳ, in der Ausgabe auf 3 756 303 ℳ. Es ergiebt sich somit ein Fehlbetrag von 263 693 ℳ, der durch die Erhöhung der Beamtengehälter um weitere 100 000 ℳ vergrößert werden dürfte. Der für 1892 berechnete Fehlbetrag belief sich auf 170 133 ℳ. Für 1891 war ein Fehlbetrag von 303 059 ℳ berechnet, die Abrechnung ergab jedoch einen Ueberschuß im Betrage von 113 004 ℳ.

* **Bärwalde in Pommern**, 9. December. Amtliches Wahlergebniß. Bei der heutigen Landtags-Ersatzwahl im 5. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Cöslin (Neustettin, Belgard) an Stelle des in das Herrenhaus berufenen Majors a. D. v. Kleist-Retzow wurde Freiherr v. Minnigerode-Rossitten (conservativ) mit 186 von 191 Stimmen gewählt.

♂ **Halle a. S.**, 9. December. Der hiesige Innungs-Ausschuß beschloß, für die Mitglieder der ihm angehörenden Innungen eine Meister-Fortbildungsschule einzurichten, sowie Genossenschaften zur Vermittelung von Rohstoffbezügen und Creditgewährung zu bilden. — Der hiesige nationalliberale Verein hielt gestern Abend in den Kaisersälen eine Sitzung ab. Prof. Dr. Lindner hielt einen anregenden Vortrag über die Bedeutung der Reformation.

* **Sanssouci**, 9. December. Der Kaiser traf um 1 Uhr 10 Minuten in Begleitung der Prinzen Heinrich und Albrecht von Preußen, des Prinzen Ludwig von Bayern, des Fürsten von Hohenzollern 2c. auf dem Jagdschloß bei Springe ein. Unter den 31 Jagdtheilnehmern befinden sich ferner die Minister von Wedel und von Heyden, die Generale von Waldersee und Bronsart von Schellendorf, Oberpräsident von Bennigsen, der bayerische Gesandte Graf Perchenfeld, Ober-Jägermeister von Heintze und Vice-Ober-Jägermeister Graf zu Dohna. Nach einem im Schlosse eingenommenen Frühstück erfolgte um 1½ Uhr der Aufbruch zur Jagd in abgestelltem Jagen auf Roth-, Dam- und Schwarzwild im Hallerbruch. Der Kaiser kehrte um 4¼ Uhr Nachmittags von der Jagd zurück. Die Jagdbeute war außerordentlich reich. Abends 7 Uhr findet eine Abendtafel im Jagdschloß statt.

* **Bochum**, 8. December. Der Verband deutscher Bergarbeiter scheint immer mehr zurückzugehen. Nach dem Geschäftsbericht über die letzten sechs Monate stehen den Einnahmen im Betrage von 19 859 ℳ Ausgaben in Höhe von 26 280 ℳ gegenüber, so daß das Deficit 6420 ℳ beträgt.

* **Trier**, 9. December. In einer von 3000 Bergarbeitern besuchten Versammlung in Bildstock beschlossen die Versammelten, am 1. Januar zu streiken, wenn die Arbeits-Ordnung nicht nach ihren Wünschen abgeändert wird.

* **Darmstadt**, 9. December. Der Großfürst und die Großfürstin Sergius sind heute Vormittag zu längerem Besuche des Großherzogs hier eingetroffen.

* **München**, 10. December. (Telegramm.) Bei der Reichstagswahl in Kaufbeuren sind bisher abgegeben worden für Wagner (nationalliberal) 1372, für Zinth (Centrum) 1066, für Dr. Sigl 768, für Zitt (Soc.) 494. Zersplittert wurden 3 Stimmen.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 9. December. Der Kronprinz von Dänemark wird morgen Abend die Rückreise nach Kopenhagen antreten. — Eine Berliner Zuschrift der „Pol. Corresp." constatirt, daß das gemeldete Project von der Aenderung der bulgarischen Verfassung zwar wenig Beachtung in maßgebenden Berliner Kreisen gefunden, daß man es aber immerhin als einen Fehler betrachte, daß durch solche Maßregeln die Ruhe des Landes eventuell gestört werden könnte.

* **Lemberg**, 9. December. Die Polizeibehörde nahm gestern bei mehreren polnischen Gymnasiasten Hausdurchsuchungen vor, wobei Aufrufe zur Veranstaltung einer Nationaltrauerfeier aus Anlaß der vor 100 Jahren erfolgten Theilung Polens beschlagnahmt wurden. — Polnische Blätter melden, ein letzthin erlassener Ukas des Zaren gestatte der katholischen Geistlichkeit, die Religionslehre polnisch vorzutragen.

* **Wien**, 9. December. Abgeordnetenhaus. Im weiteren Verlaufe der Debatte über das Budget des Ministeriums des Innern erklärte der Regierungs-Vertreter, Sectionschef Erb, die politische Verwaltung von Galizien habe sich um einen Theil der Monarchie und vielleicht um einen Theil Europas ein großes Verdienst erworben, indem sie ungeachtet der außerordentlich exponirten Verhältnisse Galiziens die Cholera ferngehalten oder die einzelnen vorgekommenen Fälle unterdrückt habe. In Oesterreich seien, trotzdem Oesterreich am meisten exponirt gewesen, nur 193 Cholerafälle vorgekommen. Heute könnte mit Beruhigung gesagt werden, daß die Cholera alle Schrecken verloren habe, vorausgesetzt, daß die Verwaltung rechtzeitig eingreift und hierbei von der Bevölkerung unterstützt wird. Die Frage wegen einer Codificirung der Epidemiegesetze werde im Ministerium des Innern berathen. Der Vertreter der Regierung verwies auf den in den angrenzenden russischen Gouvernements herrschenden Nothstand und die zum 24. d. nach Petersburg einberufene Aerzteconferenz und fügte hinzu, die officiellen Ziffern bewiesen, daß die Zahl der Erkrankungen in Rußland sich wöchentlich noch immer zwischen 3000 und 4000 bewege. Deswegen bestehe die Besorgniß, daß auch im nächsten Jahre der Kampf gegen die Cholera werde fortgesetzt werden müssen. Die bisherigen Maßnahmen könnten sonach nicht fallen gelassen werden.

Frankreich.

* **Paris**, 9. December. Wie der „Temps" meldet, erfolgte die Ernennung des Generalprocurators Quesnay de Beaurepaire zum Präsidenten bei dem Cassationshofe, weil derselbe sich der Beschlagnahme der Papiere des Barons Reinach und der Untersuchung der Leiche desselben widersetzt und diese Maßnahmen als Willkürlichkeiten bezeichnet hatte, zu welchen die Gerichts-Behörde nur unter dem Drucke politischer Gewalt veranlaßt werden könnte. Der Generalprocurator hatte demgemäß dem Justizminister bereits gestern mitgetheilt, er betrachte ihn als seiner Aemter entheben. Der Justizminister Bourgeois richtete hierauf an Beaurepaire die Bitte, sich von der republikanischen Partei nicht zu trennen, ersuchte ihn auch dringend, im Richterstande zu verbleiben und den Posten eines Präsidenten bei dem Cassationshofe anzunehmen. Beaurepaire erklärte sich zur Annahme des Postens bereit, um nicht nach außen hin als mißvergnügter Opponent zu gelten. — Imbert, der Verwalter des Reinach'schen Nachlasses, ersuchte die Panama-Untersuchungscommission im Namen der Erben, sich bei der für den 14. dies. Mts. in Aussicht genommenen Entsiegelung und Inventarisirung der Papiere des Verstorbenen durch Abgesandte vertreten zu lassen. Die Commission verhörte heute den Director der „Société centrale de dynamite"; derselbe erklärte, in den Büchern der Gesellschaft finde sich keinerlei Aufzeichnung über die 500 000 Frcs., welche der ehemalige Minister Barbe von Reinach erhalten haben solle. Barbe nenne die Summe nur in einer persönlichen Angelegenheit erhoben haben. Infolge der Erklärungen des Justizministers Bourgeois in der heutigen Commissions-Sitzung herrscht zur Zeit zwischen der Regierung und der Panama-Untersuchungs-Commission volles Einvernehmen. — In Beauvais, wo Baron Reinach begraben liegt, sind heute zwei vereidete Chemiker und mehrere Gerichtspersonen eingetroffen, um die Ausgrabung und die Untersuchung der Leiche vorzunehmen. Die Untersuchungscommission in der Panama-Affaire wird bei der Obduction ebenso wie bei der Siegelabnahme in der Reinach'schen Wohnung zugegen sein. Der Leichnam trifft heute Nacht aus Beauvais hier ein und wird im Spital niedergelegt, in dem Professor Brouardel morgen Vormittag die Leichenschau vornimmt.

Belgien.

* **Brüssel**, 10. December. (Telegramm.) Die radicalen und socialistischen Blätter Belgiens greifen die gemäßigten liberalen Abgeordneten aufs Heftigste an, weil dieselben für die mit einem Vertrauensvotum verbundene Tagesordnung für Woeste gestimmt haben. Dagegen bezeichnen die gemäßigten liberalen Blätter kurzweg die Radicalen als Bundesgenossen der Socialdemokraten und Volksaufwiegler.

Niederlande.

* **Amsterdam**, 10. December. (Telegramm.) Die katholischen Delegirten beabsichtigen einen Gesetzentwurf einzubringen betreffs Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zwischen den Niederlanden und dem Vatican. Die liberale Partei und conservativen Protestanten werden den Antrag bekämpfen.

Schweiz.

* **Bern**, 9. December. Der Nationalrath hat die französisch-schweizerische Handels-Uebereinkunft einstimmig ratificirt. Sollte die französische Kammer die Ratification nicht ebenfalls aussprechen, so würde der Bundesrath gegen Frankreich vom 1. Januar 1893 ab den Schweizer Generaltarif anwenden. Die in Handelssachen tonangebende „Neue Züricher Zeitung" fordert, die Schweiz müsse in diesem Falle ihren Zolltarif derart erhöhen, daß Frankreich genau so davon betroffen würde, wie die Schweiz vom französischen Maximaltarif. Von der Schweiz würde der Zollkrieg gegen Frankreich mit aller Schärfe und Entschiedenheit geführt werden. Schon jetzt sieht man viele Abgeordnete die französischen Flaschenweine verschmähen.

Italien.

* **Rom**, 9. December. Die italienischen Blätter beurtheilen die Rede des Ministers Brin in beifälliger Weise. „Diritto" schreibt: Lucifero beklagte, daß Giolitti's Regierung sich zum Dreibund bekannte. Barzilai hingegen nannte dies glückverheißend und sah darin ein Zeichen der Umkehr von Crispi's Politik, welcher den Dreibund mit Rücksicht auf einen bevorstehenden Krieg abgeschlossen. Indem Brin die Rathschläge Lucifero's mit dem Hinweis auf die allmälige Klärung der Verhältnisse und auf die Friedenszwecke des Dreibundes und die Ehrlichkeit Italiens beantwortete und Barzilai's Zumuthungen schroff zurückwies, bewies er, daß die Friedenspolitik in guten Händen ruht und das Land der Zukunft mit Ruhe entgegensehen darf. In gleicher Weise sprechen „Tribuna", „Opinione" und alle Provinzausgaben der Morgenblätter vom Freitag. — Die „Opinione" schreibt zum Ahlwardt-Proceß, es sei traurig, daß die einst so ruhige, vernünftige, billig denkende öffentliche Meinung Deutschlands sich so weit vergessen konnte, einen Ahlwardt in den Reichstag zu senden. Was aber am meisten zu denken geben gebe, sei das allgemeine Mißtrauen in die Unparteilichkeit der deutschen Justiz. Wen der Antisemitismus ein Beweis des Rückschrittes auf dem Wege der Civilisation sei, den Deutschland einst so triumphirend beschritten, so sei die Wahl Ahlwardt's ein beredter Beweis für die Verkehrung des Moralsinnes des deutschen Volkes. Ebenso wie die conservative „Opinione" urtheilen fast alle übrigen Blätter.

Großbritannien.

* **London**, 10. December. (Telegramm.) Die Prinzessin Mary von Edinburg wird nächsten Donnerstag nach Sigmaringen abreisen. Der Herzog von Edinburg begiebt sich am 19. December ebenfalls nach Sigmaringen, woselbst am 10. Januar die Vermählung der Prinzessin mit dem Thronfolger von Rumänien stattfindet. — Die antisemitischen Beschlüsse des deutschconservativen Parteitages in Berlin werden von der Presse sehr abfällig besprochen. Die „Times" sagt, der Anschluß an einen Ahlwardt und die Ablehnung eines Hellborf könne nur den Einfluß der Partei vermindern und ihre Respectabilität schwächen. — Die vielerörterte Frage, ob das Ministerium Gladstone zusammenhalten werde, hat einen neuen Anstoß empfangen. Der Londoner Berichterstatter der „Birmingham Post" schreibt: während Gladstone am letzten Sonnabend einem der schönsten Augenblicke seines Alters genoß, als ihm seine Vaterstadt Liverpool den Ehrenbürgerbrief überreichte, sei Lord Rosebery mit der Aufgabe beschäftigt, mit John Morley über die irische Politik, wie sie in der nächsten Zeit geleitet werden soll, zu berathen. Niemand geht nach Dublin um diese Zeit des Jahres zum Vergnügen, und am Allerwenigsten wäre der Minister des Aeußern zu der Reise jetzt geneigt. Dennoch habe sich Lord Rosebery in die „Lage" des irischen Ober-Secretairs begeben. Der Grund dieser Reise sei folgender: Der Entwurf einer Homerule-Bill ist bekanntlich einem Ausschusse des Ministeriums übergeben worden. Der Ausschuß besteht nur aus Gladstone, Sir William Harcourt und John Morley. Lord Rosebery kenne die Hauptpuncte, welche man in die Bill aufnehmen will; er habe sich mehrmals schon energisch darüber ausgesprochen und werde gewisse Vorschläge niemals zugeben. Die Schwierigkeiten, mit denen das Ministerium in seinem eigenen Schooße zu kämpfen hat, seien deshalb unvermindert, und es frage sich, wie das Cabinet am 31. Januar aussehen werde, wenn es vor das Parlament tritt.

Dänemark.

* **Kopenhagen**, 9. December. Gestern und heute tagte hier die Jahresversammlung der Delegirten der Rechten. Im Laufe der Verhandlungen wurde von der Versammlung eine Resolution angenommen, in welcher die von der Regierung befolgte Politik gebilligt wird. Nach Schluß der Verhandlungen fand heute ein Festbankett statt, an welchem etwa 400 Personen, darunter alle Minister, theilnahmen. Der Ministerpräsident Estrup hielt eine Ansprache und drückte den Wunsch aus, die Rechte möge auch fernerhin die von der Regierung befolgten politischen Grundsätze unterstützen. Eine starke einige Rechte sei im politischen Leben constitutioneller Länder ein nothwendiger Factor, dessen Bestimmung es sei, eine ruhige Entwickelung der öffentlichen Angelegenheiten zu sichern und die von den untergrabenden Tendenzen der Gegenwart drohenden Erschütterungen zu bekämpfen.

Rußland.

* **Petersburg**, 8. December. Dr. Cyon, der bekannte Mitarbeiter und Agent Katkow's, schreibt in der „Nowoje Wremja", seine Nachforschungen betreffs der Behauptung, die „Moskowskija Wjedomosti" hätten eine halbe Million Francs aus den Panama-Geldern bekommen, führten ihn auf zwei Quellen. Die eine sei Lesseps selbst, der behauptet, Rouvier habe die genannte Summe verlangt, weil die Geheimfonds der Regierung erschöpft seien, um zu verhindern, daß die „Moskowskija Wjedomosti", nachdem Katkow gestorben, in deutsche Hände übergehen. Die zweite Quelle sei die Redaction der „Libre Parole", der eine Meldung seitens einer ihr befreundeten Redaction eines französenfeindlichen russischen Blattes zuging. — Im Redactions-Local des „Swjet" wurde ein glänzendes Diner zu Ehren des neuen serbischen Gesandten Wassijewic gegeben. Unter den Anwesenden befanden sich Graf Ignatiew und der Reichsconsulor Filippow. Redacteur Komarow toastete auf Wassijewic und die russisch-serbische Bruderschaft. Besonderen Enthusiasmus rief ein Gedicht des Schriftstellers Safonow hervor, worin es heißt: Der Kopf Serbiens lechzt nach Wien, seine Füße bespülen die Meereswellen, an sein Ohr dringt das Rauschen des Aegäischen Meeres bei Salonichi. Wie der Bräutigam nach der Braut, so sehnt der Serbe sich nach Macedonien.

Orient.

* **Sofia**, 9. December. Die „Svoboda" ist ermächtigt, die Nachricht ausländischer Blätter über die angeblich bevorstehende Verlobung des Prinzen Ferdinand mit der Tochter des Herzogs von Parma, sowie über die Anknüpfung diesbezüglicher Verhandlungen mit dem Papste als völlig unbegründet zu erklären.

* **Bukarest**, 9. December. Der Senat nahm heute mit 82 gegen 4 Stimmen den Gesetzentwurf, betreffend die Dotation für den Thronfolger, an. Die Deputirtenkammer nahm mit 97 gegen 21 Stimmen die Adresse an den König an.

Amerika.

* **London**, 9. December. Nach einer Meldung aus Buenos-Ayres bleibt der Finanzminister Romero Mitglied des Cabinets; der Präsident hat jedoch die Demission des Ministers des Innern, Quintana, angenommen. Die Ministerkrise ist damit beendet.

Reichstag.

* An den Reichstag hat der Centralverein deutscher Colportage-Buchhändler eine Petition um Ablehnung der Novelle zu §. 184 des Reichsstrafgesetzbuches eingereicht; es handelt sich um Bekämpfung der in der sogenannten „lex Heinze" vorgesehenen Bestimmungen über die Verbreitung unzüchtiger Darstellungen in Schrift und Bild. Die Petition beleuchtet, daß dem Handel mit als unzüchtig charakterisirten Erzeugnissen allerdings entgegen getreten werden müsse. „Was ist aber unzüchtig?" heißt es weiter; „das ist der wunde Punkt des §. 184 Reichs-Strafgesetzbuchs, daß das Wort unzüchtig in der deutschen Sprache im juristischen Sinne nicht ausgemünzt und auch nicht ausmünzbar ist. Die Definition des Reichsgerichts stellt nur eine allerdings einschränkende Umschreibung dar, insofern es verlangt, daß der Schrift geeignet ist, in gröblicher Weise das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung zu verletzen. Diese Definition soll anscheinend durch die geplante Novelle nicht beseitigt werden, es sollen also nach wie vor nur gröbliche Verletzungen bestraft werden, nicht jede an sich harmlose Anekdote. Aber was ist geeignet, „das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung gröblich zu verletzen?" Diese Entscheidung erging im Jahre 1883, und seitdem haben zahlreiche deutsche Strafkammern in Bezug auf dieselben Schriften in ihren